



LBB Holding ist verkauft

Jutta Leder

Die gute Nachricht vor der Sommerpause: Berlin verkauft seine Landesbank (und damit seine Sparkasse) für 4,6 Mrd. Euro an den Sparkassen- und Giroverband. Das ist ein sehr guter Preis. Der Verkauf ist trotzdem nicht mehr als das halbwegs gute Ende einer bösen Geschichte, denn wir bekommen das Geld ja nicht geschenkt, sondern geben unsere Bank dafür her. Die wäre eigentlich viel mehr wert und niemand hätte einen Gedanken darauf verschwendet, sie zu verkaufen, wäre sie nicht in den Jahren bis 2001 durch zweifelhafte Immobiliengeschäfte in die Schieflage manövriert worden. Heute wissen wir, dass es richtig war, sie damals nicht in die Insolvenz gehen zu lassen, sondern sie mit erheblichem Aufwand – Kapitalerhöhung um 2 Mrd. Euro, Übernahme von Risiken bis zu 21,6 Mrd. Euro (sog. Risikoabschirmung) – zu sanieren. Die Sanierung stand unter der argwöhnischen Beobachtung durch die EU-Kommission,



der derartige staatliche Eingriffe wie auch das öffentlich-rechtlich organisierte Sparkassensystem insgesamt nicht ins marktwirtschaftliche Bild passt. Auch dem Sparkassenverband konnte die Vorstellung nicht gefallen, dass eine zukünftig möglicherweise in Privatbesitz befindliche Bank unter dem Markennamen „Sparkasse“ betrieben wird. Der jetzige Verkauf bedeutet für das Land: Ende gut mit Schrecken, Bank perdu. Die SPD hatte an den Verkauf Bedingungen formuliert, die der Sparkassenverband zu erfüllen bereit ist: Der Unternehmenssitz bleibt in Berlin, es gibt auch weiterhin das „Girokonto für jedermann“, das Filialnetz bleibt weitgehend erhalten. Der Verkaufserlös wird hochgradig als Sicherheit für die nach wie vor bestehenden Risiken verwendet, die Rückzahlung einer stillen Einlage des Landes bei der LBB in Höhe von 723 Mio. Euro fließt in den kommenden Haushalt.

Wissenschaft und Forschung in Berlin

Jutta Koch-Unterseher

Wissenschaftspolitik in Berlin betrifft nicht nur die rund 130.000 Studierenden, sondern auch die 50.000 Beschäftigten an den vier Universitäten, drei Kunsthochschulen, sieben Fachhochschulen und zwölf privaten Hochschulen des Landes. Zudem ist die Charité seit dem Zusammenschluss aus dem Jahr 2003 die größte medizinische Fakultät Europas. Effiziente Forschung und Ausbildung berührt hier auch die Interessen der Krankenhäuser. Wie wir mit diesem Kapital umgehen wollen, ist eine der wichtigsten Fragen, die wir heute in Berlin beantworten müssen.

Mit meinem persönlichen Hintergrund – bis zu meinem Eintritt in das Abgeordnetenhaus habe ich auch als Dozentin an der Freien Universität gearbeitet – bringe ich für dieses Politikfeld einen etwas anderen Blick mit. Mit meiner Fraktion bin ich mir einig: An der einmaligen Vielfalt und Breite der Berliner Wissenschaftslandschaft darf nicht gerüttelt werden. Auch in finanziell schwierigen Zeiten genießen die Investitionen in die Hochschulen, die Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind, Vorrang.



In den nächsten Wochen und Monaten steht das Berliner Hochschulgesetz auf der Tagesordnung in der Berliner Politik. Seine Novellierung steht an. Wir wollen zum einen die Eigenständigkeit und Verantwortung der Hochschulen stärken. Zum anderen die Fachhochschulen ausbauen und stärken. Eine umfassende Beteiligung von Hochschullehrern, Studierenden, wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeitern ist dabei Voraussetzung für den Rückzug des Landes Berlin aus ihrer Detailsteuerung. Dass nach geltendem Recht im Zweifel eher ein Gebäude saniert, als eine Professorenstelle verlängert wird, kann und darf nicht sein. Investitionen müssen heute mehr denn je als

Investitionen in die Köpfe gesehen werden. Frisch sanierte Gebäude, wenn Geld für Lehre, Forschung und deren Qualitätssicherung fehlt, helfen uns nicht weiter. Aus diesem Grund unterstütze ich Bildungssenator Zöllner bei seiner Initiative, die entsprechende Regelung im Artikel 115 des Grundgesetzes im Rahmen der Föderalismusreform II zu ändern.

Haushalt 2008 / 2009

Jutta Leder

Auch für den kommenden Haushalt 2008/2009 ist die frohe Kunde schon verbreitet: Berlin macht keine neuen Schulden mehr. Das hat zu einem kleinen Teil mit dem Verkauf der Bankgesellschaft zu tun, ist in erster Linie aber auf auch in Berlin steigende Steuereinnahmen zurückzuführen. Klingt gut, ist gut, verführt aber zu dem Trugschluss, alle Probleme seien gelöst und nun könne man wieder aus dem Vollen schöpfen. Nach wie vor sitzt Berlin auf einem gigantischen Schuldenberg von ca. 61 Mrd. Euro und die Zinsen dafür sind der nach wie vor grösste Posten im Haushalt. Der Senat war also gut beraten, den nun vorliegenden und im Herbst vom Abgeordnetenhaus zu verabschiedenden Haushalt abermals auf Kante zu nähen und man kann mit den zur Verfügung stehenden Mitteln keineswegs zufrieden sein. Und natürlich erklingt zeitgleich mit der Vorstellung des Haushaltsentwurfs die beliebte Melodie „Wir brauchen mehr Geld“, vorgetragen von den Bezirken, die in Berlin

in erster Linie für das Ausgeben der Steuermittel zuständig sind. Bei den Haushaltsberatungen sitzen die Berliner Abgeordneten in einer kaum lösbaren Zwickmühle, denn



sie sind sowohl für den Gesamthaushalt verantwortlich als auch Abgeordnete aus ihren Bezirken, für die sie soviel wie möglich herausholen sollen und wollen. Für ausreichend Gesprächsstoff zwischen Abgeordnetenhaus und BVV-Fraktionen ist also

gesorgt und es erscheint durchaus sinnvoll, sich hier mit dem grundlegenden Verfahren zur Berechnung der Bezirkshaushalte zu befassen – siehe Seite 4.

Nichtraucherschutz

Jutta Koch-Unterseher

Eine selbstverpflichtende Regelung, Nichtraucher konsequent vor den gesundheitlichen Folgen des Passivrauchens zu schützen, wurde zwar jahrelang angekündigt, die Gastronomieverbände blieben es aber schuldig, Ergebnisse zu präsentieren. Politisches Handeln war längst überfällig. Für Berlin kommt nun eine Regelung zum Nichtraucherschutz, die öffentliche Gebäude, Clubs und Diskotheken, Gaststätten, Restaurants und Kneipen mit einschließt. Nur da, wo z.B. in Lokalen durch einen abgeschlossenen Raum sichergestellt ist, dass es zu keiner Beeinträchtigung von

Nichtrauchern kommen kann, soll es künftig möglich sein zu rauchen. Mit dem Gesetz zum Nichtraucherschutz, das die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mitträgt, wird ein großer Schritt hin zu einer gesünderen Gesellschaft gegangen.

Nur bei der rauchfreien Kneipe kann es aber nicht bleiben. Für die Zukunft wünsche ich mir nicht nur was das Rauchen angeht, eine gesundheitliche Aufklärungskampagne aus einem Guss. Nur so kann eigenverantwortliches Gesundheitshandeln erreicht werden.

Unser Tiergarten

Jutta Koch-Unterseher

Mit der Fußball-Weltmeisterschaft im vergangenen Jahr, der Loveparade und etlichen anderen Veranstaltungen wird der Tiergarten regelmäßigen Härte-tests unterzogen. Der Tiergarten ist aber weder öffentliches Klo, noch kostenloses Kongresszentrum unter freiem Himmel. Er ist zunächst für die Erholung der Berlinerinnen und Berliner da. Und das soll auch so bleiben.

Das Bezirksamt Mitte hat bereits gewarnt: Dem Tiergarten droht der Kollaps! Eine Begrenzung der Großveranstaltungen ist geboten, der entsprechende Vorstoß des Bezirks Mitte ganz richtig.



Hinzu kommen die Aufräumarbeiten, die durch die Dauerbelastung notwendig werden. Allein im vergangenen Jahr sind durch die Beseitigung von Müll und von Schäden Kosten von 900.000 Euro entstanden. Wer mit Events im Tiergarten Geld verdient, darf sich nicht weiter darauf verlassen können, dass der Steuerzahler für diese Kosten aufkommt – besonders angesichts der schwierigen Haushaltslage

Berlins. Der Senat, der dies jetzt entscheidet, erstattet allerdings den Großteil der Säuberungskosten, so dass der Bezirk nicht darauf sitzen bleibt. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass sich hier etwas ändert.

Die Berliner Luft

Jutta Koch-Unterseher

Feinstaub gilt als die Hauptursache von Erkrankungen, die auf Luftverschmutzung zurückzuführen sind. Dennoch werden in unserer Stadt die zulässigen Grenzwerte für Feinstaub seit Jahren überschritten. Um der Berliner Luft ihren guten Namen zurückzugeben, hat das Abgeordnetenhaus von Berlin deshalb die Umweltzone beschlossen: Ab 2008 dürfen Kraftfahrzeuge, die nicht mindestens der Abgasnorm Euro II entsprechen, nicht mehr in den Innenstadtbereich. In der zweiten Stufe ab 2010 wird die Euronorm III zur Bedingung. Damit setzen



wir eine bindende Vorgabe aus Brüssel um. Das ist kein willkürliches Fahrverbot, sondern aktive Gesundheitspolitik. Betroffen sind nur etwa 70.000 der 1,3 Mio Berliner Autos. Dank einer Initiative der SPD-Fraktion wird es außerdem günstige Kreditmöglichkeiten für Kleingewerbetreibende geben, die ihren Fuhrpark umrüsten müssen, der Ausnahmekatalog wird Regelungen für Oldtimer beinhalten, sodass auch diese Sammlerstücke nicht aus der Stadt verbannt werden.

Gemeinsam Lernen

Jutta Koch-Unterseher

Ab dem Schuljahr 2008/09 soll es soweit sein: Zunächst soll in einer Pilotphase erprobt werden, wie in einer Gemeinschaftsschule erfolgreiches individuelles Lernen und die optimale Förderung jedes einzelnen Kindes gelingen kann. Kinder und Jugendliche werden dann bis zum Schulabschluss gemeinsam unabhängig von ihrer sozialen Herkunft mit- und voneinander lernen. Wir wollen damit den falschen Signalen ein Ende bereiten, die Nicht-Gewolltsein und Scheitern nahelegen scheinen. Die schlechte Durch-

lässigkeit des deutschen Bildungssystems ist seit PISA belegt, die damit einhergehende Ausgrenzung durch das antiquierte Prinzip der Dreigliedrigkeit zementiert. In einer Gemeinschaftsschule können die personellen und finanziellen Mittel besser eingesetzt und zugleich die Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden.

Welche der sich bewerbenden Schulen an der Pilotphase beteiligt werden, wird im Herbst entschieden werden.

Flughafen Tempelhof wird geschlossen

Jutta Leder

Bei der Wahl im vergangenen September wurde auch einer Verfassungsänderung zugestimmt: Die Quoren und Fristen für Volksentscheide und Volksbegehren wurden erleichtert, um der Bevölkerung bessere Möglichkeiten zu geben, sich direkter und aktiver in die Belange der Stadt einzumischen. Dass dies nicht unbedingt im Sinne der Landesregierung geschieht, liegt dabei auf der Hand. So das nun anlaufende Volksbegehren mit dem Titel „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen“. Es soll den Flugbetrieb über den 31.10.2008 hinaus sicherstellen.

Die Zielsetzung dieses Volksbegehrens steht im Widerspruch zu der langjährigen und mühsam ausgehandelten Senatslinie und sie entspricht auch nicht den Interessen der Stadt. Die Ziele des Volksbegehrens sind unvereinbar mit dem zwischen Berlin und Brandenburg beschlossenen Landesentwicklungsplan und widerspricht darüber hinaus den zwischen Berlin, Brandenburg und dem Bund geschlossenen Vereinbarungen zum Bau des Flughafens BBI. Diese Vereinbarungen sehen die Schließung von Tempelhof zum Zeitpunkt des rechtskräftigen Abschlusses des Planfeststellungsverfahrens vor. Dieser Zeitpunkt ist ohnehin längst überschritten. Erfüllt Berlin diese Verpflichtungen jedoch grundsätzlich nicht, wird dem Planfeststellungsverfahren als Grundlage für den Bau von BBI die Basis entzogen und der Bau ist damit erneut angreifbar.

Über diese rechtlichen Fragen hinaus lehnen wir eine weitere Nutzung von Tempelhof als Flughafen auch deshalb



ab, weil ein weltweit einmaliges Potenzial zur ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung unserer Stadt zugunsten einer exklusiven Privatnutzung verschenkt werden würde. Für uns als SPD-Fraktion geht es nun darum, Konzepte für die weitere Nutzung zu entwickeln. Diese außergewöhnliche innerstädtische Freifläche von 386 ha - Ausmaße, für die es in keiner anderen europäischen Großstadt Vergleiche gibt - bietet ungeahnte Möglichkeiten. Sie hat außerordentliche Bedeutung für das Stadtklima. Daher ist sie grundsätzlich als Freifläche und als Kaltluftentstehungsgebiet zu erhalten, mögliche Nutzungen dürfen nicht den ökologischen Erfordernissen widersprechen.

Globalsumme, Produktbudget, Werteausgleich – über die Zusammensetzung der Bezirkshaushalte

Jutta Leder

Anders als Städte und Gemeinden in Flächenstaaten sind die Berliner Bezirke wirtschaftlich nicht eigenständig. Ihre Haushalte finanzieren sich zu ca. 82 % aus Zuweisungen der Senatsverwaltung für Finanzen. Gleichzeitig haben die Bezirke eine weitgehende Eigenständigkeit bei der Verwendung dieser Globalsumme und können eigene Prioritäten setzen. Die Frage, welche Gelder jedem der 12 Berliner Bezirke zustehen, klingt nur auf den ersten Blick einfach und tatsächlich wird nicht nur um die Höhe der Summen gerungen, sondern stets auch um das zugrunde liegende Berechnungsmodell. Seit 2001 gilt in Berlin das Prinzip der Produktbudgetierung, d.h. die dem Bürger gegenüber erbrachten Leistungen werden als Produkte katalogisiert, für die sich auf der Basis der dafür angefallenen Kosten ein Preis berechnen lässt, der von Bezirk zu Bezirk unterschiedlich ausfallen kann. Die Finanzverwaltung ermittelt den Durchschnittswert der Bezirke und legt diesen bei der Berechnung der Globalsumme zugrunde. Die Höhe der zugewiesenen Summe ergibt sich aus der Stückzahl des Produkts mal des Durchschnittspreises. Bezirke, deren Stückkosten unterhalb des Durchschnitts liegen, können die so frei werdenden Mittel anderweitig verwenden, Bezirke mit überdurchschnittlichen Stückkosten müssen an anderen Stellen einsparen und sind zu Verbesserungen ihrer Wirtschaftlichkeit angehalten. Dieser Wettbewerb zwischen den Bezirken um kostengünstiges Arbeiten ist politisch so gewollt.

Für alle Produkte gilt die grundlegende Unterscheidung, ob der Bürger einen individuellen Rechtsanspruch auf sie hat oder ob es sich um freiwillige Angebote bzw. um eine allgemeine Aktivitätspflicht handelt. Entsprechend werden sie Kategorien zugeteilt. Kategorie A enthält alle Produkte mit einem individuellen Rechtsanspruch, auf die der Bezirk keinen Einfluss hat. So fällt z.B. der Schulbereich in Kategorie A. In dieser Kategorie wird ggf. nachbudgetiert, falls sich Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Menge herausstel-

len. In Kategorie C fallen alle Produkte ohne klar definierte Mengen, z.B. Volkshochschulen, Straßenbauunterhaltung. Hier setzt der Bezirk seine eigenen Schwerpunkte, eine Nachbudgetierung ist allerdings ausgeschlossen. Kategorie B ist eine Mischform aus A und B. Z.B. fallen Kita-Produkte in Kategorie B. Es gibt einen Rechtsanspruch auf Mindestbetreuung (A) sowie darüber hinausgehende Produktmengen (C).

Die Verfassung von Berlin sieht einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Berlin vor. Auch ist es erklärtes Ziel der Senatspolitik, dass die Schere der unterschiedlichen Lebensqualitäten zwischen den Bezirken nicht zu weit aufgeht. Als ein Steuerungsinstrument wurde der „Werteausgleich“ eingeführt, mit dem über die rein mengenmäßig berechnete Produktbudgetierung hinaus finanzielle Möglichkeiten in den Bezirken geschaffen werden können, in denen aufgrund der Bevölkerungsstruktur und der sozialen Lage ein besonderer Bedarf erkennbar ist. Es handelt sich um einen Faktor, der anhand der „sozialräumlichen Entwicklungstendenz“ festgestellt wird und mit dem die rein quantitativ festgestellte Globalsumme je Bezirk multipliziert wird. So wird z.B. Steglitz-Zehlendorf mit einem Faktor von 0,94 eine intakte soziale Struktur attestiert, die zu entsprechenden Abschlägen bei der Globalsumme führt, während Kreuzberg-Friedrichshain mit 1,22 überdurchschnittlich ausgestattet wird. Der Faktor für unseren Bezirk Mitte ist 1,21, womit wir ebenfalls eine eher ungünstige Entwicklungstendenz bescheinigt bekommen.

Auch wenn es sich hier um eine verkürzte, einfache Darstellung des Berechnungsverfahrens handelt, wird doch klar: Das System ist nicht einfach und verursacht einigen Berechnungsaufwand. Es wird nie optimal sein und ruft ständige Diskussionen über Verbesserungsmöglichkeiten hervor. Das kann auch nicht anders sein, wenn unterschiedliche Interessen und viel Geld im Spiel sind.

Neues Tarifsysteem der Wasserbetriebe

Jutta Leder

Mit Wirkung ab dem 1. Juli gilt ein neues Tarifsysteem bei den Berliner Wasserbetrieben. Es wurde ein Grundpreis und ein verbrauchsabhängiger Mengenpreis eingeführt. Bisher galt ein reiner Verbrauchspreis. Ziel der Umstellung ist, auch jene an der Finanzierung der Infrastruktur zu beteiligen, für die zwar ein Wasseranschluss vorgehalten wird, die aber kein oder kaum Wasser verbraucht haben. Zudem erhoffen sich die Wasserbetriebe eine bessere Tarifstabilität. Zu einer Erhöhung der Wasserpreise soll es durch die Um-

stellung nicht kommen, da sie ergebnisneutral kalkuliert ist. Voraussichtlich kommt es zu geringen Verschiebungen zugunsten von Abnehmern mit hohem Wasserverbrauch, z.B. größeren Familien. Bauliche Veränderungen sind mit der Tarifumstellung nicht verbunden. Bei Mehrfamilienhäusern bleibt es bei der einen zentralen Wasseruhr im Keller, deren Grundpreis auf die angeschlossenen Parteien umgelegt wird.

Jutta Leder MdB
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10111 Berlin
info@jutta-leder.de

**AHA! ist der gemeinsame Newsletter von
Jutta Leder und Jutta Koch-Unterseher.
Er erscheint halbjährlich und bei Bedarf.**

Dr. Jutta Koch-Unterseher MdB
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10111 Berlin
info@jutta-koch-unterseher.de